

CHRONIK DER ZEIT

CHURCHILLS VORSTOSS

Die Rede *Churchills* vom 11. Mai war ein Versuch, die erstarrten weltpolitischen Fronten in Fluß zu bringen. Die Welt horchte auf. Löste sich England von Amerika, um „Dritte Kraft“ zu spielen? In Deutschland mußte besonders der Gedanke eines Ost-Locarno interessieren, durch welchen die deutsche Mittelstellung in Europa hindurchschimmerte. Ähnliche Projekte waren schon im Vorjahr in Deutschland aufgetaucht.¹⁾ Eine Neuauflage von Locarno, eine vertragliche Sicherung Deutschlands nach West *und* Ost, war als Ausweg aus der politischen Sackgasse empfohlen worden.

Ein russischer Rückzieher

Moskau antwortete mit einer kalten Dusche. Der bekannte *Prawda*-Artikel vom 24. Mai ist kaum anders zu deuten. Ein Jahr lang hat Moskau gegenüber der Politik der Eingliederung Deutschlands in den Westblock den Gedanken einer bewaffneten deutschen Mittelstellung vertreten. In dem Augenblick, wo eine westliche Großmacht diesen Gedanken, wenn auch nur andeutungsweise, aufgreift, zieht der Kreml seinen Vorschlag zurück. Er holt den „deutschen Militarismus“ aus der Mottenkiste und erklärt seine Niederhaltung für das Hauptanliegen der Welt. Potsdam und Jalta werden als die unverrückbaren Grundsteine der Deutschlandpolitik erklärt.

Das ist ein großer Schritt zurück. Zwar vermeidet der *Prawda*-Artikel den Ausdruck „unbewaffnete Neutralität“, aber er spricht nicht mehr von den deutschen Verteidigungskräften, die Moskau voriges Jahr vorschlug, und läuft sichtlich auf eine Aufwärmung des früheren russischen Vorschlags hinaus, Deutschland unter Viermächtekontrolle in waffenloser Neutralität wiederzuvereinigen.

Damit hat die russische Politik das Körnchen von Realismus, das sie vor einem Jahr zu haben schien, wieder fallen lassen und ist zu einer Politik der Fiktionen zurückgekehrt, wie sie weitgehend auch die westliche Deutschlandpolitik beherrscht. Denn ist es fiktiv von den Westmächten, eine freiwillige Herausgabe der Sowjetzone und ganz Osteuropas von den Russen zu erwarten, so ist es ebenso fiktiv von den Russen, von den Westmächten eine Wiederherstellung der Vetopolitik des funktionsunfähigen Viermächterates oder eine Zustimmung zu einer unbewaffneten Neutralität

1) Siehe Walter Theimer „West-östlicher Diwan“ in *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Oktober 1952.

Deutschlands zu erwarten. Beide Seiten bombardieren einander mit Vorschlägen, von denen sie wissen, daß sie fiktiv sind; das einzige reale Ergebnis bleibt die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, die immer noch der wirkliche Inhalt der Politik der Mächte zu sein scheint, ungeachtet der zahllosen Lippenbekenntnisse zur Wiedervereinigung. Eine verblendete Welt sieht nicht, daß an dieser Frage sich eines Tages der dritte Weltbrand entzünden kann und daß jedes scheinbare Opfer, heute gebracht, tausendfach größere Opfer von morgen verhindern könnte.

Das Phantom der unbewaffneten Neutralität

Der russische Vorschlag heißt jetzt, soweit er überhaupt ernstgemeint ist: Ein entwaffnetes Deutschland unter Viermächtekontrolle soll in der Mitte Europas liegen. Die Oder-Neiße-Linie soll seine Grenze sein. Die Besatzungstruppen sollen nach Hause gehen. Das letztere ist das einzige Verlockende an dem Vorschlag. Der Gedanke, wehrlos neben dem östlichen Koloß zu liegen, ist für uns aber doch zu unbehaglich. Eine westliche Garantie würde zwar bedeuten, daß ein russischer Angriff nicht ungerächt bliebe, aber Deutschland würde zunächst einmal überrollt, wenn der Kreml den Augenblick für gekommen hielte. Das ist gewiß nicht heute und morgen wahrscheinlich, wohl aber übermorgen. Die unbewaffnete Neutralität zunächst einmal anzunehmen, um überhaupt erst wieder deutsche Politik machen zu können, in der Hoffnung, daß allmählich die Bewaffnung dazukommen könnte, das wäre wohl eine gewagte Politik. Rußland hat anscheinend, nicht zuletzt durch die grenzenlose Westbegeisterung der offiziellen Bonner Politik, einen Horror vor einem bewaffneten Deutschland bekommen und würde dessen Entstehung durch sein Veto immer verhindern.

Weiter ist die waffenlose Neutralität Deutschlands für die Westmächte unannehmbar, weil sie gegebenenfalls Deutschland verteidigen müßten, ohne daß Deutschland dabei mithelfen müßte oder könnte. Sie müßten für uns bluten, indes wir applaudierend daneben stünden. Eine solche Perspektive ist begreiflicherweise weder für London noch Washington anziehend. Was Paris betrifft, so sind seine Gefühle zwiespältig. Frankreich wird in seiner Politik immer noch so stark von der negativen Einstellung gegenüber Deutschland beherrscht, daß der russische Vorschlag, ein möglichst schwaches Deutschland zwischen den Rhein und die Oder zu legen, in Paris sicher Anhänger findet; man erinnert sich noch der diesbezüglichen Geheimverhandlungen der beiden Länder im Vorjahr. Die offizielle französische Politik gibt zwar zu, daß ein verbündetes, bewaffnetes Deutschland not-

wendig ist, in der Praxis entsprechen ihre Handlungen aber nicht dieser Erkenntnis. Zweifellos war der Prawda-Artikel darauf berechnet, in Paris verwandte Seelen anzusprechen.

Englischer Realismus

Die englische Politik hat nun, alter Tradition entsprechend, die Rolle des Realisten in Europa übernommen. Churchill hat festgestellt, daß Rußland das gleiche Recht auf Sicherheit hat wie der Westen. Wenn man jemandem das Recht auf Sicherheit zubilligt, so gibt man damit zu, daß ihn ein anderer angreifen könnte. Die Bemerkung war sehr bedeutsam. Soweit Deutschland als möglicher Angreifer gemeint war, setzte sie stillschweigend voraus, daß Deutschland in absehbarer Zeit wieder eine Militärmacht werden wird; sonst hätte es keinen Sinn, von einer Sicherung Rußlands gegen einen deutschen Angriff zu sprechen.

Am interessantesten vielleicht ist der Grad, in welchem Churchills Gedanken von der amerikanischen (und Bonner) Linie abweichen, wonach der einzige denkbare Angreifer der Bösewicht im Osten ist, wogegen die westlichen Lämmer nie daran denken würden, etwa ihn anzugreifen. Von derartigen Propagandaklischees zu der Feststellung überzugehen, daß die Weltpolitik, solange es souveräne Staaten gibt, ein *allseitiger* Kampf ist, das ist in einer noch vom Kriege her vernebelten Welt schon ein gutes Stück Realismus. England hat damit sein Recht auf eine eigenständige Betrachtung der Dinge in der Welt angemeldet.

Der Unterstaatssekretär im Foreign Office, *Nutting*, fügte hinzu, daß eine etwa kommende gesamtdeutsche Regierung die Freiheit haben müsse, selbst über ihre internationale Stellung zu entscheiden. Eine deutliche Absage an den Washington-Bonner Gedanken einer automatischen Westintegration Gesamtdeutschlands, zugleich der Versuch einer Konzession an den russischen Standpunkt. *Attlee* betonte ebenfalls in der Rede, mit der er als Oppositionsführer den Ausführungen Churchills zustimmte, daß es „ein Fehler“ wäre, eine selbsttätige Angliederung eines wiedervereinten Deutschlands an die NATO zu verlangen. Das ganze Unterhaus von rechts bis links zollte den Ausführungen des Premiers Beifall. Churchills Politik ist zweifellos Englands Politik auch für die Zukunft.

Weniger wegweisend war Churchills Erklärung über die Stellung der Bundesrepublik: „Westdeutschland wird — und ich wähle meine Worte mit besonderer Sorgfalt — in keiner Weise geopfert werden oder aufhören, sein eigener Herr im Rahmen des Vertrages zu sein, den wir und andere NATO-Mächte mit ihm geschlossen haben.“ Im Rahmen dieses Vertrages ist Westdeutschland in den entschei-

denden Fragen nicht sein eigener Herr, und Churchills Erklärung hat höchstens die Bedeutung, daß seine Stellung bei Verhandlungen mit Rußland nicht hinter die Bonner Verträge zurückgedreht werden wird — das steht aber ohnedies in den Verträgen, wenn sie auch bisher nicht in Kraft sind.

Das Ost-Locarno

Churchill regte ein Ost-Locarno an, in welchem die Westmächte Deutschland vor einem russischen Angriff und Rußland vor einem deutschen Angriff durch das Versprechen sofortiger Hilfe für den Angegriffenen, wer es auch sei, zu bewahren suchen würden.

Die abschwächenden Erklärungen aus Bonn, wonach Sir Winston mit seinen Vorschlägen nur den „Geist“ von Locarno gemeint habe, ändern nichts daran, daß dem englischen Ministerpräsidenten ein regelrechter Vertrag vorschwebt. Londoner Berichte deuten an, daß Churchill zwar ein wiedervereintes Deutschland als zum Westen gehörig ansehen will, aber seine Bindung an diesen doch wesentlich lockerer halten will, als es Amerika anstrebt. Er scheint etwa an die Position Schwedens zu denken, das zwar dem Westen zweifellos verbunden ist, aber dennoch eine Politik der Neutralität versucht. Von einer Waffenlosigkeit Deutschlands hat Churchill, der Vater des unglückseligen Gedankens der einseitigen Entwaffnung, nicht mehr gesprochen. Er setzt die durch die Bonner Verträge im Grundsatz vorgesehene Wiederbewaffnung Deutschlands als gegeben voraus; nur die Stellung des so wiederbewaffneten Deutschlands denkt er sich etwas anders.

Der weitere Vorschlag Churchills, eine Viermächtekonferenz ohne feste Tagesordnung einzuberufen und beliebig über alle Probleme zu reden, war der einzige; der in Bonn begrüßt wurde. Sonst folgte die offizielle Bonner Politik, in milderem Ton und in einigem Abstand, der aus Washington herüberhallenden Ablehnung der Churchillschen Gedanken. Churchill mag gehofft haben, in *Adenauer* einen Verbündeten gegen *Dulles* zu finden, weil ihm seine Vorschläge auf dem Weg zur deutschen Souveränität weiter zu gehen schienen als die bisherige amerikanische Politik. Damit dürfte er sich geirrt haben; der Kanzler ergriff die dargebotene Hand nicht. Es hat aber doch Eindruck auf ihn gemacht, daß die zweitbedeutendste Macht des Westens den Zeitpunkt für gekommen ansieht, gegenüber Amerika eigene Standpunkte geltend zu machen. Der Kanzler mag im stillen mit Befriedigung vermerkt haben, daß man sich in großen weltpolitischen Fragen bereits um Bonn als Freund bemüht; praktische Folgerungen hat er bisher nicht daraus gezogen.

Die Reaktion Amerikas

Amerika parierte mit der Einladung auf die Bermudainseln, die zugleich den Russen das Signal für den Prawda-Angriff boten. Es kann einen kommenden Konferenzpartner reizen, wenn die übrigen Partner sich zunächst zusammensetzen, um einen gemeinsamen Standpunkt herauszuarbeiten. Ungewöhnlich ist so etwas aber nicht, und auf diplomatischem Wege wäre es jedenfalls geschehen, auch wenn man auf die Bermudakonferenz verzichtet hätte. Rußland stieß sich auch an dem Wort „Locarno“, das in Moskau ähnlich als Reizwort wirkt wie im Westen das Wort „Rapallo“. In beiden Fällen ist diese hysterische Reaktion ein Unsinn, denn weder hat Rapallo dem Westen geschadet noch Locarno den Russen. Noch heute behauptet die kommunistische Propaganda, daß Locarno ein Westblock gegen die Sowjetunion gewesen sei. In Wirklichkeit beilegte sich das Deutschland *Stresemanns*, mit westlicher Billigung einen parallelen Freundschaftsvertrag mit Rußland abzuschließen, der erst zu funktionieren aufhörte, als *Hitler* in West und Ost die Locarnopolitik verließ. Damals hatte Rußland allerdings sich und seinen Blockfreunden noch keine deutschen Ostgebiete einverleibt; eine Politik der Freundschaft war daher eher möglich.

Dulles wird in Bermuda die Vorschläge Churchills abzubiegen suchen. Frankreich wird sie eher unterstützen, erstens: um die auch ihm unangenehmen EVG-Verträge weiter hinauschieben zu können, zweitens: weil es grundsätzlich für jeden Versuch einer Einigung mit Moskau (auf deutsche Kosten) ist und drittens: um gleichfalls gegen das amerikanische Gängelband zu demonstrieren.

Präsident *Eisenhower* scheint in wesentlichen Punkten milder zu denken als sein Außenminister, und Attlees Bemerkung, man wisse nie recht, wer eigentlich die amerikanische Politik darstelle, war nur zu richtig. Sie rief in den USA denselben Ärger hervor wie der ganze englische Selbständigkeitsvorstoß. Ganz offen erklärten amerikanische Politiker, nun habe man so viele Milliarden in Westeuropa hineingestopft, und der Dank seien solche Loslösungsbestrebungen. Das Erstaunen ist naiv. Glauben diese Politiker wirklich, daß die westeuropäischen Völker ihr Blut für Dollar verkaufen wollen? Für die Dollarhilfe haben sie ihr Teil in der Abwehr des Bolschewismus geleistet, aber darüber, ob sie Amerika unbedingt auf seinem harten Kurs gegenüber Rußland folgen sollen, wenn ihrer Ansicht nach eine friedlichere Alternative besteht, darüber müssen sie sich die letzte Entscheidung doch wohl selbst vorbehalten. Kein Staatsmann könnte sich auf die Dauer halten, der etwas anderes versuchen würde.

Die Dollarhilfe ist im übrigen gerade jetzt fühlbar gekürzt worden. Das Erwachen der Selbständigkeitsbestrebungen in Westeuropa mag nur zufällig damit zusammenfallen; immerhin ist es möglich, daß Dulles ihm durch eine Wiederankurbelung der Dollarpumpe entgegenzuwirken suchen wird. Der Kongreß scheint da aber nicht mitgehen zu wollen, und der Kongreß hat die Kasse. Daß Rußland sein Angebot in der Deutschlandfrage verschlechtert, mag ebenfalls damit zusammenhängen, daß infolge der Dollarkürzung die westliche Aufrüstung ein langsames Tempo annahm.

Es war dumm von den Russen, gerade jetzt ihren früheren Deutschlandvorschlag aufzugeben, wo er im Westen einen mächtigen Fürsprecher gefunden zu haben scheint. Sie verärgern Churchill, der ihnen unter großen Risiken entgegenzukommen versucht, dafür aber nur eine sofortige Höherschraubung der russischen Forderungen als Quittung bekommt. Sie erwecken damit den Eindruck, keinen Vorschlag ehrlich zu meinen, sondern nur taktisch zu manövrieren, um den Westen zu spalten und die deutsche Wiederbewaffnung zu verhindern.

Die Oder-Neiße-Linie

Von der deutschen Ostgrenze sprach Churchill nicht. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß England eine Einigung mit den Russen nicht an der Oder-Neiße-Linie scheitern lassen will. Mit Ausnahme einiger kleiner Korrekturen würde es dieser Grenze heute seinen Segen geben. In Washington erklärte ein Sprecher des Außenministeriums, wohl um diesem Plan entgegenzutreten, daß Amerika nach wie vor die deutschen Grenzen von 1937 ins Auge fasse. Das sieht aber nach augenblicksgebundener Taktik aus, denn Amerika hat schon allzusehr durchblicken lassen, daß es einem Verbleib der deutschen Ostgebiete bei Polen unter Umständen zustimmen würde. Wird es soweit gehen, sich in dieser Frage offen auf die deutsche Seite zu stellen und damit die Freundschaft der Polen, um die es sich so bemüht, aufs Spiel zu setzen? Das ist für Deutschland eine Frage von entscheidender Bedeutung.

Polen soll, erklärte Churchill, „ein Pufferstaat, aber kein Marionettenstaat“ zwischen Deutschland und Rußland werden. Damit nimmt er die Forderung auf, Polen von den Russen zu befreien, denen es aber „freundlich gesinnt“ bleiben soll. So richtig diese Gedanken sind, tragen sie einen unrealistischen Zug in die sonst so wirklichkeitsnahe Rede Churchills hinein. Der Russe wird Polen nicht freiwillig aufgeben. Wo sollen im übrigen die Grenzen dieses Polens liegen? Soll das Ost-Locarno die Oder-Neiße-Grenze gewährleisten? Sollen die Heere der Welt bereitstehen, um zur Vertei-

digung dieses ungeheuerlichen Unrechts zu marschieren?

Schon hört man aus dem Bonner Regierungslager, daß allein aus diesem Grunde die Vorschläge Churchills abzulehnen seien. Die Politik der Westverträge bleibe die einzig richtige. Das könnte sein — wenn diese Verträge die Rückgabe der Ostgebiete an Deutschland vorsehen würden. Das ist aber nicht der Fall. Nach diesen Verträgen müssen wir gegebenenfalls marschieren, ohne daß uns irgendwelche Grenzen zugesichert wären; nach gewonnenem Krieg können uns die Mächte, wenn sie wollen, die Oder-Neiße-Grenze diktieren. An Argumenten dafür, etwa daß „ein starkes Polen“ notwendig sei oder daß man nicht wieder Millionen Menschen in Wanderung setzen könne, wird es nicht fehlen. Also Krieg führen und zum Schluß die Oder-Neiße-Grenze. Nach Churchill müßten wir die Oder-Neiße-Grenze zwar zunächst akzeptieren, aber wenigstens nicht noch Krieg dafür führen, daß Breslau polnisch bleibt. Das mag manchem verhältnismäßig günstiger vorkommen.

Sicher wird Deutschland, was immer die Diplomatentinte schreibt, innerlich niemals auf das östliche Viertel seines Gebietes verzichten; das ist unmöglich. Ein wirklich selbständiges, bewaffnetes Deutschland aber, das eine eigene Politik machen kann, nicht mehr Milliarden Besatzungskosten zahlen muß, vorläufig wenigstens innerhalb verengter Grenzen wirklich frei wird, das wäre zunächst einmal ein fast atemraubender Schritt vorwärts. Es könnten dann eines Tages Umstände eintreten, die eine durchaus friedliche Einigung mit Polen oder Rußland oder beiden, über die deutschen Ostgebiete zulassen. Schließlich hört die Politik auch mit den schönsten Verträgen nicht auf, und Churchill hat recht, wenn er sagt, daß man die Probleme stückweise lösen muß, nicht alle auf einmal. Auf der anderen Seite kann man sich schwer eine deutsche Regierung vor-

stellen, die einen feierlichen Verzicht auf jene Gebiete unterschreiben könnte. Ob jedoch eine diplomatisch verklausulierte Formel über die „unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete“ oder dergleichen wesentlich vom jetzigen De-facto-Zustand abweichen würde, ist eine Frage, die zur gegebenen Zeit zu prüfen wäre. Gegenüber den Westverträgen, wie sie jetzt vorliegen, erscheint Churchills Vorschlag vom deutschen Standpunkt keinesfalls schlechter. Er enthält unausgesprochen den richtigen Grundgedanken, daß nur durch die Schaffung eines unabhängigen und starken deutschen Puffers eine neue Weltkatastrophe verhindert werden kann. (Bedauerlich, daß diesen Gedanken immer nur *einer* der Beteiligten hat, nicht alle gleichzeitig.) Man muß wünschen, daß die Konferenz stattfindet. Geschieht das nicht oder scheitert sie, dann bleibt der Weg des Westbündnisses in der Tat der einzige für die Bundesrepublik gangbare, jedoch nicht in der Form der jetzigen Vasallenverträge, sondern als echtes Bündnis auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung, von Leistung und Gegenleistung. Ein Bündnis, das Deutschland volle Freiheit, Wiedervereinigung und die Rückgabe der Ostgebiete zusichern würde, ein solches Bündnis würde in der Bundesrepublik nicht auf die Widerstände stoßen, die den Weg der jetzigen Verträge trotz aller taktischen Künste des Kanzlers bisher blockiert haben. Über seine möglichen tragischen Konsequenzen wäre sich ungeachtet aller diplomatischen Friedensphrasen niemand im unklaren. Das deutsche Volk beurteilt die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung und die Rückgewinnung der Ostgebiete realistischer als seine Politiker annehmen. Aber wenn es den Konsequenzen ins Auge blicken soll, will es wissen: wofür? Es will auch wissen, ob zuvor alle anderen Möglichkeiten erschöpft worden sind. Deshalb hat es Churchills Initiative begrüßt.

WALTER THEIMER